



vom 21.03. 2018

Der Baugewerbeverband Schleswig-Holstein informiert:

## Politik muss sich aus Tarifrunden raushalten

### Baugewerbeverband verwahrt sich gegen Einflussnahme in tariflicher Lohndebatte für sozialistische Einheitslöhne

**Kiel.** „Tarifpolitik ist ausdrücklich kein politisches Wunschkonzert, sondern Angelegenheit von Tarifpartnern“, mit dieser Äußerung reagiert Georg Schareck, Hauptgeschäftsführer des Baugewerbeverbandes Schleswig-Holstein (BGV SH) auf eine Pressemitteilung der Bundesfraktion DIE LINKE zu Beschäftigungsverhältnissen im Baugewerbe.

Die dort angestellte Deutung der Relation zwischen Löhnen und Gehältern insbesondere im Bezug zur Gesamtwirtschaft sei betriebswirtschaftlich missverständlich dargestellt. Die veröffentlichten Zahlen lassen sich zudem nicht auf Schleswig-Holstein übertragen.

„Wir haben die Befürchtung, dass die Aussagen, die aus den angefragten Zahlen hervorgehen, politisch interpretiert sind“, sagt Schareck. Es sei mindestens irritierend, wenn während der laufenden Tarifverhandlungen für die Bauwirtschaft ausgedrückt wird, dass wir als Tarifvertragspartner eine schlechte Lohnpolitik betrieben.

In Schleswig-Holstein hat sich in den vergangenen Jahren ein anderes Bild als das von DIE LINKE dargestellt gezeigt. In Schleswig-Holstein stieg der durchschnittlich gezahlte Stundenlohn für Gesellen und Helfer im Massivbau um 21,8% in 8 Jahren. Im gleichen Zeitraum ist der betriebswirtschaftliche Gewinn des Bauhandwerks von 3,9 % des Umsatzes auf 4,6 % gestiegen. Das entspricht einer Steigerung von 17,9 %. (Die Zahlenangaben stammen von perfakta.SH e. V. - Handwerk in Zahlen).

„Diese Zahlen, die aus schleswig-holsteinischen Betriebsvergleichen kommen, zeigen, dass unsere Bauunternehmen, überwiegend kleine und mittelständische Betriebe, wenig Möglichkeiten zur Wertschöpfung haben. Und dass wir trotzdem den Weg vernünftiger Anhebungen bei Löhnen und Gehältern gegangen sind“, sagt Schareck.

„Die Betriebe können ein zu hohes Forderungsvolumen nicht zahlen. Arbeitsplätze erhält man nicht mit Wunschenken. In der Tarifpolitik geht es um branchenbezogene Mindestarbeitsbedingungen für alle und nicht um Sozialausgleiche mit Mitteln der sozialistischen Durchschnittsbetrachtung einer Volkswirtschaft.“ Viele Betriebe würden mit Blick auf einen Arbeitnehmermarkt zudem bereits freiwillig übertariflich zahlen und bräuchten dafür Spielräume.

Im Übrigen müssen die Betriebe die Lohnkosten durch Preissteigerungen weitergeben. „Wir laufen dann Gefahr, dass die Baukosten immer höher werden und ein Preiswettbewerb kommt, der kaum nach oben, aber nach unten stattfindet. Das wissen auch die Tarifvertragspartner; beträgt doch der reale Durchschnittslohn heute schon weniger als der Durchschnittstariflohn. Das würde der Baukonjunktur schaden und Arbeitsplätze kosten“, so Schareck.

Hauptgeschäftsführer: Georg Schareck, Hopfenstr. 2e, 24114 Kiel  
Tel.: 04 31/53 54 7-0, Fax: 04 31/53 54 7-77, E-Mail: presse@bau-sh.de

Verantwortlich für Pressearbeit: Hilke Ohrt

